

23.4276 Motion

Barzahlung in subventionierten Transportmitteln beibehalten

Eingereicht von: Weichelt Manuela
Grüne Fraktion
Alternative-die Grünen Kanton Zug



Einreichungsdatum: 29.09.2023
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: In Kommission des Ständerats

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage oder andere geeignete Massnahmen auszuarbeiten und dem Parlament zu unterbreiten, um sicherzustellen, dass alle subventionierte Transportunternehmen auch Bargeld als Zahlung akzeptieren oder eine einfache Alternative wie z.B. eine Prepaid-Karte, welche auch ohne Handy funktioniert.

Begründung

Der Kostendruck kann dazu führen, dass öffentliche Verkehrsbetriebe auf Münzautomaten und Kassen in den Fahrzeugen verzichten. Eine Entwicklung, die durch den Einsatz verschiedener elektronischer Zahlungsmittel möglich wird. Diese Entwicklung birgt zwei Risiken. Das erste ist die zunehmende Ausgrenzung von Personen, die keinen Zugang zu elektronischen Zahlungsmitteln haben. Der wachsende Graben zwischen der digitalisierten und der nicht-digitalen Bevölkerung widerspricht allen unseren Verfassungswerten und muss überbrückt werden.

Das zweite Problem ist die zunehmende Abhängigkeit von der Digitalisierung. Der Rückgriff auf Barzahlungen ist eine unverzichtbare Alternative im Falle eines Systemausfalls.

Es wäre schliesslich nicht verständlich, dass der Bund die Einhaltung des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel nicht unterstützt. Gemäss Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel ist jede Person gehalten, schweizerische Umlaufmünzen und Banknoten unbeschränkt an Zahlung zu nehmen.

Stellungnahme des Bundesrates vom 29.11.2023

Gemäss Bericht des Bundesrates vom 9. Dezember 2022 in Erfüllung des Postulats 18.4399 Birrer-Heimo bleibt die Bargeldannahmepflicht gemäss Artikel 3 des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG; SR 941.10) dispositives Recht. Da die Motion auch angemessene, kundenfreundliche Alternativen ermöglicht, steht sie im Einklang mit der Gesetzgebung.

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Antrag des Bundesrates vom 29.11.2023

Annahme

Chronologie

22.12.2023 Nationalrat
Annahme



Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR (KVF-NR)

Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR (KVF-SR)

Zuständige Behörde

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (2)

Locher Benguerel Sandra, Roth Franziska

Links

Weiterführende Unterlagen

Amtliches Bulletin

